

Neuer Abkassier-Plan der Chefs der Atomkommission – Die Kosten der Endlagerung sollen die von der Politik bereits ausgeraubten Versorger übernehmen.

geschrieben von WebAdmin | 29. April 2016

Der Vorschlag stieß erwartungsgemäß auf einige Kritik. So erklärte zum Beispiel Franziska Buch, Energiereferentin am Umweltinstitut München: „Die Kommission hat sich von den Energieversorgern einlullen lassen. Der so genannte Risikoaufschlag von 6,14 Milliarden Euro ist nichts anderes als eine lächerlich geringe Ablasszahlung der Unternehmen dafür, dass sie aus der Haftung für die Atommüll-Lagerung entlassen werden und dadurch ihre aktuelle Situation auf dem Kapitalmarkt verbessern.“

Sie ist nicht die einzige, die uns davon überzeugen will, dass am Ende die Kosten weit höher sein werden als veranschlagt. Gefürchtet wird auch, dass die mittlerweile finanziell angeschlagenen Konzerne das Geld für den Rückbau nicht aufbringen könnten. NABU-Energieexperte Sebastian Scholz warnt: „Die Altlasten der Atomkonzerne drohen zu einem Fass ohne Boden zu werden und es zeigt sich einmal mehr, der Staat und die Allgemeinheit sind die Dummen: Gewinne wurden privatisiert und die Gefahren und Altlasten werden verstaatlicht. Denn bei der wirtschaftlichen Lage der Energiekonzerne kann kaum damit gerechnet werden, dass sie tatsächlich nach dem Verursacherprinzip auch die Kosten schultern.“

Wer AKW-Firmen ausknipst, muss sich nicht wundern, dass kein Geld mehr da ist

Ein Kommentator auf SWR2 beklagt, die Atomkonzerne hätten "über Jahrzehnte satte Gewinne eingefahren" und „die Stromkunden geschröpft“. Fazit: „Für das Abenteuer Atomkraft werden wir alle teuer bezahlen.“ Sollte es so kommen, dürfen wir die Schuld gewiss nicht nur bei den Konzernen suchen. Warum werden die vier unter Umständen nicht in der Lage sein, die Rückstellungen tatsächlich bereit zu stellen? Weil das notwendige Geld durch den Betrieb von Atomkraftwerken generiert wird.

Wenn man diesen Betrieb unterbindet, darf man sich hinterher nicht wundern, dass das Geld fehlt. Atomausstieg, aber auch die Energiewende insgesamt, die zudem Kohle- und Gaskraftwerke unrentabel hat werden lassen, sind die eigentliche Ursache für die schlechte wirtschaftliche Situation der Stromkonzerne. Wenn man ihnen jetzt vorwirft, sie hätten die Zeichen der Zeit nicht erkannt und seien nicht rechtzeitig auf

Erneuerbare umgeschwenkt, dann kritisiert man sie dafür, dass sie zum Nutzen der Verbraucher weiter preiswerten Strom produziert haben, statt Profite mit sehr viel teurerem Ökostrom zu machen, für den sie staatliche garantierte Höchstpreise einstreichen können.

Jahrzehnte lang wurde der Allgemeinheit billiger Strom geliefert

Auch ein weiteres Argument ist zweifelhaft. Die Kernkraftbetreiber hätten Gewinne eingesackt und an ihre Aktionäre weitergereicht, wird geklagt. Wer aber sind diese Aktionäre? Man konnte es aus den Reaktionen sehen, als RWE Anfang des Jahres bekanntgab, erstmals keine Dividenden zahlen zu können. Hart getroffen waren Städte wie Dortmund und Bochum, die viele Anteile halten. EnBW gehört, wie der Name schon sagt, mehrheitlich dem Land Baden-Württemberg (und den Oberschwäbischen Elektrizitätswerken – einem kommunalen Zweckverband).

Atomkraftwerke haben jahrzehntelang billigen CO₂-freien Strom geliefert. Es wird auf Profite der Konzerne verwiesen, nicht aber die Ersparnis der Stromkunden. Seit 1961 lieferten die deutschen AKWs insgesamt über 5000 Milliarden Kilowattstunden CO₂-freien Strom. Dieser Strom war durchschnittlich 2 Ct billiger als aus anderen Quellen erzeugter. Wir hatten also schon mal eine Ersparnis von rund 100 Milliarden Euro.

Obwohl das immer wieder munter behauptet wird, hat es eine Subventionierung der Atomstromerzeugung nie gegeben. Lediglich in die Forschung floss Geld. Rechnet man diese Forschungsförderung auf die Stromerzeugung um, kommt man auf eine staatliche Unterstützung von Atomstrom mit 0,18 Ct pro Kilowattstunde. Vergleichen wir mit Strom aus Erneuerbaren, bei dem tatsächlich nicht nur die Forschung, sondern auch die kommerzielle Erzeugung massiv unterstützt wird: Hier zahlen wir im Moment über die EEG-Zulage 6,3 Ct pro Kilowattstunde.

Erneuerbare erhalten hundertmal soviel Subventionen wie einst die Kernkraft

Allerdings auf jede Kilowattstunde Strom, die wir kaufen, nicht nur für die aus Erneuerbaren. Die lagen in 2015 bei knapp 30% der gesamten Stromerzeugung. Somit kommen wir pro Kilowattstunde Erneuerbaren-Strom auf über 20 Ct, also mehr als das Hundertfache dessen, was der Atomstrom uns an Subventionen gekostet hat. Ziehen wir noch 20% ab, weil Teile der Industrie von der Zulage befreit sind, bleiben immer noch 16 Cent. Forschungsförderung und Kosten für den Netzausbau sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Was aber kommt zusammen, wenn wir jetzt noch Hunderttausende von Jahren den Atommüll sicher verwahren müssen? Die ungelöste Endlagerfrage gilt als schwere Hypothek. Im Deutschlandfunk wird das zum Beispiel so zusammengefasst: „Wenn in vermutlich rund 10 Jahren der letzte deutsche Atommeiler vom Netz geht, werden die Betreiber auf einem stattlichen Berg stark radioaktiven Mülls sitzen. Ungefähr 127 Tonnen Plutonium, 6 Tonnen Neptunium und 14 Tonnen Americium dürften sich bis dahin

angehäuft haben. Wohin damit weiß keiner. Weltweit wurde bis heute kein einziges Endlager für solch hochaktiven Strahlenmüll in Betrieb genommen.“

Bedenkt man, dass Plutonium eine Dichte von fast 20 g/cm³ hat, ist der Berg eher kümmerlich. Ein 127 Tonnen schwerer Plutoniumwürfel hat rechnerisch eine Kantenlänge von 1,86 Meter. Auch bei aufwändiger Verpackung ist der benötigte Platz also sehr überschaubar. Zudem gibt es immer weniger Menschen, die eine Endlagerung für nötig oder sinnvoll erachten. Selbst einige Grüne, wie der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt in Schleswig-Holstein Robert Habeck, glauben nicht mehr an das Konzept eines Endlagers. In einem Interview in der Zeit beschreibt das Verfahren zur Lagerung so simpel, wie es ist: „Wir verschließen die Behälter mit Atommüll sicher, hinter Barrieren aus Gestein, Beton und Stahl. Sie sollten aber zugänglich bleiben.“

Der Atommüll wird für kommende Generationen wieder Rohstoff sein

Was er zu sagen vermeidet, obwohl anzunehmen ist, dass er es weiß: Künftige Generationen müssen sich keineswegs grämen und Tausende von Jahren mit den Hinterlassenschaften des „Atomzeitalters“ herumärgern. Sie werden vielmehr den sogenannten Atommüll als willkommenen Rohstoff nutzen. Denn er enthält noch etwa 98 Prozent der potenziell nutzbaren Energie. Die ZEIT fragt Habeck im Interview: „So ein Endlager müsste strenger bewacht werden als Fort Knox. Was kostet das?“ Muss es das wirklich? Werden die deutschen Zwischenlager, wo seit Jahrzehnten die abgebrannten Brennstäbe lagern, strenger bewacht als Fort Knox? Glaubt man wirklich, Terroristen kämen auf die Idee in Deutschland über 100 Tonnen schwere Castoren zu klauen, um sie als Sondertransport per Güterzug und Schiff nach Libyen zu schaffen, wo sie absolut nichts damit anfangen könnten?

Die ominösen Kosten für die aufwändige Endlagerung für Millionen von Jahren sind eine Chimäre. Was heute als „Atommüll“ bezeichnet wird, kann in Schnellspaltreaktoren als Brennstoff eingesetzt werden. Die notwendige Technologie fortgeschrittener Kernreaktoren wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten erprobt. Am Ende bleibt dann nur noch extrem wenig tatsächlicher Müll übrig, von dem 80% nach Jahrzehnten und der Rest nach etwa 300 Jahren unschädlich ist.

Vergessen wir also die Idee der „Endlagerung“ und fangen wir an, eine sinnvolle Nutzung vorzubereiten. Im Moment werden verschiedene Reaktortypen entwickelt, die in der Lage sein werden, Atommüll als Brennstoff zu nutzen, etwa der von der Firma Terrapower (unter Vorstandsvorsitzendem Bill Gates) konzipierte Laufwellenreaktor, der nach einem jüngst geschlossenen Abkommen bis 2024 in China gebaut werden soll, oder Flüssigsalzreaktoren, beispielsweise von der Firma Transatomic Power, dem Berliner Institut für Festkörper-Kernphysik, der dänischen Firma Seaborg, der kanadischen Terrestrial Energy oder dem Shanghai Institute of Applied Physics, das in einer Kooperation mit dem

U.S. Department of Energy bis 2020 einen Prototypen bauen will. Wer nicht darauf warten will, bis diese neuartigen Reaktoren marktreif sind, kann auch heute schon bei der Firma GE Hitachi einen PRISM Reaktor bestellen, der Plutonium verbrennt. Der ehemalige Geschäftsführer von Greenpeace UK, Stephen Tindale fasst die Vorteile so zusammen: „Der von GE-Hitachi angebotene PRISM Reaktor ist ein Reaktor der vierten Generation, der CO₂-freie Energie liefert, indem er mit Plutonium und auf Halde liegenden verbrauchten Brennstäben betrieben wird. So kann man gleichzeitig die Atommüll- und die Klimaproblematik bewältigen.“

Schon in Betrieb ist der russische Atommüllverbrenner BN-800, der auch Plutonium aus ausrangierten Atombomben verbrennt. Machen wir uns also keine allzu großen Sorgen um die Abwicklung des Atomzeitalters. Noch ist Deutschland auf einem Sonderweg. Doch es ist wenig wahrscheinlich, dass wir in den nächsten Jahrzehnten stur auf diesem verharren werden. Die Endlagerfrage wird dann ein interessantes Thema für Historiker.

Thilo Spahl ist Diplom-Psychologe und lebt in Berlin. Er ist freier Wissenschaftsautor, Mitgründer des Freiblickinstituts und Novo-Argumente Redakteur, wo dieser Beitrag zuerst erschien.